



# HESSISCHER LANDTAG

20. 03. 2013

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend keine Genehmigung der Lieferung von Kriegswaffen nach Saudi-Arabien**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert die Entscheidungen des Bundessicherheitsrates, Kriegswaffenlieferungen an Saudi-Arabien zuzulassen.
2. Der Landtag spricht sich dafür aus, solche Kriegswaffenexporte in Zukunft nicht mehr zu genehmigen.
3. Der Landtag kritisiert, dass die Genehmigungen des Bundessicherheitsrates nicht zügig transparent gemacht werden.

### **Begründung:**

Die Lieferung von Kriegswaffen an das autoritäre Herrscherregime in Saudi-Arabien ist abzulehnen. Im Nachbarland Bahrain konnte beobachtet werden, wie Saudi-Arabien mit Panzern dabei half, die Demokratiebewegung niederzuschlagen.

Saudi-Arabien ist ein Land, in dem Menschenrechte auf das Schlimmste verletzt werden. Die Menschenrechtsberichte von Amnesty International und anderen Institutionen zeigen die desaströse Menschenrechtssituation. Folter und Todesstrafe sind an der Tagesordnung. Die freie Meinungsäußerung ist bis zur Unkenntlichkeit eingeschränkt, Frauen werden wie Bürgerinnen zweiter Klasse behandelt, es finden öffentliche Auspeitschungen statt, Minderheiten werden diskriminiert und ausländische Arbeitnehmer sind rechtlos. Die geltenden deutschen Rüstungsexportrichtlinien besagen aber, dass der Lage der Menschenrechte im Empfängerland besondere Bedeutung zuzumessen ist. Daher ist die Lieferung von Kriegswaffen an Saudi-Arabien in keiner Weise zu rechtfertigen und daher abzulehnen.

Die Rüstungsexportrichtlinie sagt ferner, dass Kriegswaffen an Länder außerhalb der EU und NATO grundsätzlich nicht, im Einzelfall nur bei besonderem sicherheitspolitischem Interesse Deutschlands geliefert werden dürfen. Dies ist hier nicht der Fall.

Wiesbaden, 20. März 2013

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**